



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi zu Friedrich Merz' Vorschlag, Greenpeace die Gemeinnützigkeit zu entziehen

Berlin, 16.06.2021

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Mitglied des Finanzausschusses

Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Friedrich Merz nimmt die misslungene Aktion von Greenpeace vor dem EM-Spiel Deutschland-Frankreich zum Anlass, die Gemeinnützigkeit der Organisation in Frage zu stellen.

Dazu erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Michael Schrodi, MdB:

Die misslungene Aktion gestern vor dem EM-Spiel, mit der ein Aktivist sich selbst, vor allem aber Zuschauer und Zuschauerinnen sowie Spieler in Gefahr gebracht hat, verurteile ich. Sie muss strafrechtlich verfolgt werden.

Der undifferenzierte Angriff auf Greenpeace geht jedoch völlig über das Ziel hinaus. Zum wiederholten Male versucht hier ein Vertreter von CDU/CSU, missliebige Organisationen dadurch einzuschüchtern, dass mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit gedroht wird. Eine starke Demokratie braucht aber eine starke Zivilgesellschaft, sie braucht Engagement und Kritik durch ein breites Spektrum an Organisationen.

Gemeinnützige Organisationen müssen sich politisch engagieren dürfen. Eine entsprechende Klarstellung im Gemeinnützigkeitsrecht ist im vergangenen Herbst am Widerstand von CDU und CSU gescheitert. Es kann nicht akzeptiert werden, dass alle möglichen Lobbyverbände den Status der Gemeinnützigkeit genießen, Umweltschutzverbände wie Greenpeace aber ständig von CDU und CSU in Frage gestellt werden.

Nach diesem Prinzip müssten Herr Merz, Herr Laschet und Herr Söder nach den Masken- und Lobbykandalen in CDU und CSU eher darum fürchten, den Status als Partei nach dem Parteiengesetz zu verlieren und somit keine Spenden der Wohnbau-, Industrie- oder Tabaklobby mehr entgegenzunehmen und keine Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung zu erhalten.